



Änderungsblatt Beschlussvorlage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2010/08822**
Datum: 23.06.2010
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften Hauptausschuss	15.06.2010 16.06.2010	öffentlich Vorberatung öffentlich Vorberatung
Stadtrat	23.06.2010	öffentlich Entscheidung

Betreff: Einführung der papierlosen Ratsarbeit

Beschlussvorschlag:

1. Verwaltung und Stadtrat öffnen sich mit einem gemeinsamen Pilotprojekt der papierlosen Ratsarbeit. Am Projekt beteiligen sich Verwaltung und Fraktionen mit folgender Verteilung:

CDU	6 Stadträte/-innen und Fraktionsmitarbeiter/-GF
DIE LINKE.	6 Stadträte/-innen und Fraktionsmitarbeiter/-GF
SPD	2 Stadträte/-innen und Fraktionsmitarbeiter/-GF
FDP	8 Stadträte/-innen und Fraktionsmitarbeiter/-GF
MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	7 Stadträte/-innen und Fraktionsmitarbeiter/-GF
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	8 Stadträte/-innen und Fraktionsmitarbeiter/-GF
OB-Büro	1
Dezernate I - V (Bg. + Referenten)	5
Geschäftsstelle Stadtrat	2
Summe	45

2. Für die papierlose Ratsarbeit werden von der Verwaltung die notwendige Hardware (Notebook incl. Sekundärakku, UMTS-Karte, Mouse, Tasche) und Software (Officepaket, pdf-Reader, Mandatos, Virenschutz), welche durch die ITC administriert wird, sowie eine drahtlose Verbindung zum Internet bereitgestellt. Über die ITC erfolgt die komplette Abwicklung des Geschäftsprozesses.
3. Die Teilnehmer am Pilotprojekt erklären ihren Verzicht auf die Zustellung von Papierdokumenten. Bei Planungsdokumenten kann im Einzelfall ein Papierdokument von der Verwaltung angefordert werden. Die Geschäftsstellen der Fraktionen erhalten grundsätzlich ein Papierdokument auf Wunsch.
4. Grundsätzlich sind die Teilnehmer am Pilotprojekt dafür verantwortlich, dass die Akkus für den Betrieb der Notebooks aufgeladen sind.
Zu den Sitzungen des Stadtrates stellt die Verwaltung für Notfälle insgesamt 25 bis 30 Stromanschlüsse für die Teilnehmer am Pilotprojekt zur Verfügung.
5. Der Pilotbetrieb mit 45 Teilnehmern (Stadträte und Verwaltung) startet in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit finanzieller Mittel im Jahr 2011. Die Beschaffung der Hard- und Software erfolgt im Jahr 2011 nach den Regeln der städtischen Haushaltsführung
6. Die für die Finanzierung notwendigen finanziellen Mittel in Höhe von ca. 104 T€ im VMH und ca. 47,5 T€ im VWH sind im Haushaltsplan 2011 einzuplanen. Für die Folgejahre sind die Betriebskosten für den Pilotbetrieb in Höhe von ca. 47,5 T € entsprechend einzuplanen.
7. Eine Evaluierung des Pilotprojektes erfolgt nach zwei Jahren. Danach wird über den Fortgang des Projektes (Einstellung, Ausweitung, Beibehaltung des Status quo) neu entschieden.

Egbert Geier
Beigeordneter

Begründung:

Im Jahr 2009 wurden im Stadtrat zwei Anträge gestellt, welche die Einführung der elektronischen Stadtratsarbeit zum Inhalt hatten.

Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Schaffung von elektronischen Arbeitsplätzen für die Ratsarbeit
Vorlage: IV/2009/07883

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der 'papierlosen' Stadtratsarbeit
Vorlage: V/2009/08342

Zur Beratung beider Anträge tagte eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Vertretern der Verwaltung, der ITC und des Eigenbetriebes ZGM.

Mitglieder der Arbeitsgruppe waren:

Herr Beigeordneter Geier
Frau H. Haupt (SPD-Fraktion)
Herr Feißel (SPD-Fraktion)
Frau U. Haupt (Fraktion DIE LINKE.)
Herr Pyka (CDU-Fraktion)
Herr Thämelt (FDP-Fraktion)
Herr Häder (Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM)
Frau Gresse (Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM)
Herr Paulsen (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Herr Grimm (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Herr Bielecke (Betriebsleiter EB ZGM)
Frau Schmidt (OB-Büro)
Frau Kraft (GS Stadtrat)
Frau Godenrath (GS Stadtrat)
Herr Dr. Furchert (Amt 13)
Herr Strohmeyer (Amt 13)
Herr Lutz (Amt 13)
Frau Meyer (ITC)
Frau Hahnke (Dezernat I)

Beratungen der Arbeitsgruppe fanden statt am 20.01.2010, 02.03.2010, 26.03.2010.

Im Ergebnis dieser Arbeitsgruppe wurde ein konsensualer Vorschlag zwischen Verwaltung und Stadtrat erarbeitet, der nun dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

